



Felix Banaszak
Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft
Mitglied im Haushaltsausschuss

Wie der Wasserstoffhochlauf (nicht nur) für die Industrie gelingt

Der US-amerikanische Inflation Reduction Act mit seinen milliardenschweren Steuergutschriften für **Transformationstechnologien** ist eine riesige Chance für den internationalen Klimaschutz und gleichzeitig eine Herausforderung für Deutschland und Europa als Industriestandort. Wenn wir diese Herausforderungen annehmen und unser eigenes **Ambitionsniveau beim Umbau unserer Industrien** anheben wollen, wird der **Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wasserstoffwirtschaft** eine zentrale Rolle spielen. Deutschland und Europa waren eine Zeitlang führend im Wasserstoffsektor, drohen aber nun ins Hintertreffen zu geraten. Eine Gefahr sind die bis vor kurzem unklaren Investitionsbedingungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette, von der Elektrolyse bis hin zu den Übertragungsnetzen.

In Brüssel herrscht dazu nun seit Mitte Februar zumindest in Teilen Klarheit: Die Europäische Kommission hat am 13.02.23 mit einem **delegierten Rechtsakt zur Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II)** die **Kriterien für die Erzeugung von grünem Wasserstoff** festgelegt. Demnach kann Wasserstoff mit fossilem Erdgas oder erneuerbarem Strom erzeugt werden - "grün" ist er dann, wenn ausschließlich erneuerbarer Strom genutzt wird und weitere Voraussetzungen erfüllt werden, etwa die monatsgleiche Produktion von Strom und Wasserstoff, dieselbe Stromgebotszone bei der Erzeugung von Strom und Wasserstoff und zusätzliche Kapazitäten erneuerbarer Energien. "Grün" kann Wasserstoff nach dem delegierten Rechtsakt aber auch eingestuft werden, wenn dieser CO₂-arm hergestellt ist - damit ist nach EU-Definition auch Strom aus Atomenergie eingeschlossen. Es ist gut, dass die Kommission nun nach jahrelangem Entscheidungsprozess eine **Definition von "grünem" Wasserstoff** vorlegt, mit der die Industrie nötige Klarheit für Investitionsentscheidungen hat und der Markthochlauf beginnen kann. Dennoch sind einige der Ausarbeitungen aus grüner Sicht **noch nicht ambitioniert genug, um damit auch den nötigen zusätzlichen Ausbau der Erneuerbaren anzureizen** und fossile und nukleare Lock-Ins zu verhindern.

Aufbauend auf diesen Rahmenbedingungen müssen wir nun notwendige und ambitionierte Schritte in Deutschland gehen. Der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft ist **das Nadelöhr für die Dekarbonisierung der Industrie bis 2045**. An der Verfügbarkeit von grünem Wasserstoff hängt die Erreichung des Ziels, Industriestandort zu bleiben und gleichzeitig klimaneutral zu werden. In diesem Text will ich Vorschläge zur **Beschleunigung des Hochlaufs grünen Wasserstoffes** machen, deren Grundlage viele Gespräche in den letzten Monaten und ein Fachgespräch sind, das ich im Dezember für die grüne Bundestagsfraktion veranstaltet habe.

Ich bin überzeugt, dass **Wasserstoff ein zentraler Baustein für die Erreichung unserer Klimaziele** ist und will trotzdem, oder gerade deshalb mit einigen einschränkenden Gedanken beginnen, die mir für die Orientierung wichtig scheinen:

- Wasserstoff ist weder, wie ihn manche bezeichnen, der "**Champagner der Energiewende**" noch die Lösung aller **Transformationsherausforderungen**. Die erste Vorstellung behindert den pragmatischen Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft in dem benötigten Ausmaß, die zweite überfrachtet und überfordert den sowieso schon ambitionierten Hochlauf unnötig.
- Wasserstoff wird absehbar ein knappes Gut bleiben. Das hängt nicht zuletzt mit der **Verfügbarkeit ausreichend großer Mengen erneuerbar produzierten Stroms** zusammen, mit simplen Kapazitätsbegrenzungen bei den zu errichtenden Elektrolyseanlagen, aber auch mit ungeklärten Transportfragen für Importe, schließlich gibt es Stand jetzt weder eine einzige Pipeline noch die Schiffe und Anlandepunkte für Überseetransporte.
- Da Wasserstoff ein knappes Gut ist, folgt daraus zweierlei: Erstens daran zu arbeiten, diese begrenzenden Faktoren zu reduzieren, und zweitens **klar zu priorisieren**, für welche Anwendungen Wasserstoff zunächst und vorrangig zur Verfügung gestellt werden soll.
- Wasserstoff sollte daher zunächst dort Anwendung finden, wo die direkte Elektrifizierung von Prozessen technisch oder wirtschaftlich keine Alternative ist. Das bedeutet einen



Felix Banaszak
Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft
Mitglied im Haushaltsausschuss

Vorrang für Anwendungen in der Stahl- und Chemieindustrie, wo grüner Wasserstoff bzw. dessen Derivat Ammoniak fossile Stoffe wie Kohle und Erdgas im Produktionsprozess ersetzen und damit eine große Emissionsminderung bewirken kann. Das bedeutet umgekehrt, dass etwa der **PkW-Verkehr oder die Beheizung von Wohnimmobilien kein priorisierter Anwendungsbereich** sein können, weil hier Elektrobatterien bzw. Wärmepumpen in Bezug auf den Wirkungsgrad des zunächst eingesetzten Stromes wesentlich effizienter sind. Für die Erreichung der Klimaziele ist es schlicht widersinnig, den knapp verfügbaren Wasserstoff flächendeckend in die Wärmenetze einzuspeisen, wenn damit die Gefahr verbunden ist, die Dekarbonisierungsziele in Stahl- und Chemieindustrie zu verfehlen. **Energieeffizienzsteigerung und Elektrifizierung bleiben also die zentralen Aufgaben neben bzw. vor dem Wasserstoffhochlauf.**

Die durch den russischen Angriffskrieg ausgelöste Energiekrise hat die Bemühungen zur Transformation in den Hintergrund rücken lassen - jetzt ist es an der Zeit, umso entschlossener den Hebel umzulegen. Gerade die energieintensive Grundstoffindustrie braucht zusätzliche staatliche Unterstützung, um an der Erreichung unserer Klimaschutzziele prägend mitzuwirken. Mit dem delegierten Rechtsakt aus Brüssel wurde nun etwas vorgelegt, an dem sich die Mitgliedsstaaten orientieren werden müssen - auch Deutschland. Dennoch braucht es kurzfristig staatliche Instrumente wie Klimaschutzdifferenzverträge, um ein sicheres Investitionsumfeld für Unternehmen zu schaffen und damit die Transformation zu beschleunigen. Und es braucht weitere Rahmenbedingungen, die den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft hierzulande flankieren - zum Beispiel durch die Nationale Wasserstoffstrategie, mit der der Hochlauf operationalisiert wird, und ein Wasserstoffbeschleunigungsgesetz, das die Planungs- und Genehmigungsgeschwindigkeit von Wasserstoffinfrastrukturprojekten adressiert.

Meine Positionen zu den aktuellen Debatten:

- **Definition von grünem H₂:** Oberstes Ziel muss sein, dass **grüner Wasserstoff da draufsteht, wo er auch wirklich drin ist**. Wasserstoff aus erneuerbarem Strom ist der einzige wirklich nachhaltige und damit grüne Wasserstoff.
 - Bis es genügend Kapazitäten von grünem Wasserstoff gibt, ist eine Nutzung von kohlenstoffarmem Wasserstoff für einen sehr eng definierten Zeitraum vertretbar, wenn die Anwendung rechtssicher begrenzt und damit verhindert wird, dass die **Anreize für die Ausweitung des Angebots wirklich grünen Wasserstoffes** sinken.
 - Dieser CO₂-arme Wasserstoff sollte dann auch ein eigenes Label erhalten, das ihn von grünem Wasserstoff abgrenzt. Priorität muss bleiben, dass es ausschließlich Anreize dafür gibt, in zusätzliche Erneuerbare für die Produktion von grünem Wasserstoff zu investieren. Mit dem delegierten Rechtsakt der EU-Kommission werden Tür und Tor aufgemacht für den Netzerhalt von Atomenergie - **das sollte Deutschland entschieden zurückweisen**.
 - Das im delegierten Rechtsakt vorgeschlagene Kriterium der zeitlichen und räumlichen Kohärenz sowie der Zusätzlichkeit sind mittelfristig sinnvoll. Es ist aus meiner Sicht zu prüfen, ob die **Übergangszeiträume**, in denen davon abgewichen werden kann, zu lang sind und ob nicht zumindest eine stufenweise erfolgende Reduktion der Ausnahmemöglichkeiten eine bessere Option wäre.
- **Blauer H₂:** Die Priorität muss auf der Nutzung von grünem Wasserstoff liegen. Es kann sinnvoll für den breiten Hochlauf von Wasserstofftechnologien und -infrastrukturen sein, auf dem Weg zu einer 100-prozentig grünen Wasserstoffwirtschaft auf Technologiebrücken zu setzen. Im Entwurf der aktualisierten Nationalen Wasserstoffstrategie stellt das BMWK



Felix Banaszak
Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft
Mitglied im Haushaltsausschuss

die Nutzung blauen Wasserstoffs aus Norwegen in Aussicht, solange die Bereitstellung von grünem Wasserstoff im Industriemaßstab noch nicht möglich ist. Mir erscheint wichtig,

- die Nutzung von blauem Wasserstoff, wenn überhaupt, in einem **klar begrenzten Maße** mit klar vereinbarten **Reduktionsquoten und festen Ausstiegsregeln** in Erwägung zu ziehen. Damit kann der Rahmen für den Übergang von einer gemischten hin zu einer ausschließlichen Nutzung von grünem Wasserstoff gesteckt werden.
 - **Investitionsanreize für nicht-grünen Wasserstoff in Deutschland auszuschließen.** Eine Förderung von blauem Wasserstoff in Deutschland, unabhängig davon, ob CCS-Technologie im Inland eingesetzt wird oder nicht, ist aus meiner Sicht keine Option. Das fossile Zeitalter endet und sollte nicht unnötig verlängert werden.
 - **Kriterien für in Deutschland nutzbaren Wasserstoff aufzustellen** und diese im Zeitverlauf anzuschärfen, um Anreize für Investitionsentscheidungen auch außerhalb unseres Landes zu setzen. Damit können wir im europäischen Umfeld ein Zeichen dafür setzen, dass die Zukunft nicht in fossil basierter Wasserstofftechnologie liegt.
- **Wasserstoffnetzregulierung (Unbundling):** Wir sollten das Verhältnis von Investitionssicherheit und Entflechtung der Erzeuger und Fernleitungsnetzbetreiber pragmatisch lösen und im Rahmen der Gasbinnenmarktregeln **keine unnötigen zusätzlichen Investitionshürden** aufbauen.
 - Durch das im Gasmarkt erprobte ITO-System ermöglichen wir einen unkomplizierteren Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft. In diesem Punkt stimme ich der Position des Europäischen Parlaments zu, das sich für die Einrichtung und den Betrieb von Wasserstoffnetzen durch Erdgasnetzbetreiber auch über das Jahr 2030 hinaus ausspricht. Eine vertikale Entflechtung, wie sie die EU-Kommission vorsieht, mag wettbewerbsrechtlich der Goldstandard sein, würde aber dringend benötigte Investitionen verhindern. Das kann kein Teil einer klugen europäischen Antwort auf den IRA sein.
 - Es ist wichtig, dass die **Privatwirtschaft** in die Infrastruktur für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft in Europa investieren will. Dabei muss im Blick behalten werden, dass nicht jede aktuell noch vorhandene Erdgasinfrastruktur bestehen bleibt. Um bedarfsorientiert zu planen und vorzugehen, scheint mir eine staatliche Koordinierung sinnvoll - ob dafür eine **Wasserstoffnetzgesellschaft** mit staatlicher Beteiligung der sinnvollste Weg ist, ist eine offene Frage.
 - **Finanzierung:** Zu einem sicheren Investitionsumfeld gehört es, dass eine Abnahme von grünem H₂ attraktiv gemacht wird - das geht auch über das Instrument **grüner Leitmärkte**. Industriepolitische Maßnahmen wie **Klimaschutzverträge**, Investitions- oder Betriebskostenförderung zeigen, wie Staat und Industrie gemeinsam an einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaft arbeiten können. Diese Zusicherungen ermöglichen die Beschleunigung der Transformation. Wie Wasserstoff darüber hinaus gefördert wird, muss Teil einer abgestimmten **aktiven europäischen Industriepolitik für Transformation und Resilienz** sein, die auch den Ausbau von Erneuerbaren Energien, Wärmepumpen, Batterien und vielem mehr sein muss. **Wasserstoff kann ein zentraler Teil einer solchen Strategie sein, aber Wasserstoff kann und wird die anderen Bestandteile nicht ersetzen können.**

Fazit: Die Europäische Kommission hat spät, aber nicht zu spät den Rahmen geliefert, in dem jetzt der Wasserstoffhochlauf (nicht nur) für die Industrie erfolgen kann. Dass dieser gelingt, ist jedoch kein Selbstläufer, sondern setzt **kluge Regulierung, ein sicheres Investitionsumfeld und nötige Anreize zur 100-prozentig klimaneutralen Produktion** voraus. Arbeiten wir daran.